

INTERVIEW: MICHAEL BAUCHMÜLLER
UND MARLENE WEISS

Wie es dem Weltklima geht? Die ganze Woche über diskutieren Experten und Regierungen derzeit in Stockholm darüber, am Freitag will der Weltklimarat IPCC Teil eins seines neuen Berichts vorlegen. Er wird neue Gewissheiten bringen, sagt Ottmar Edenhofer, einer der führenden Köpfe im IPCC. Auf große Klimakonferenzen aber setzt er nur noch wenig Hoffnung. „Kurzfristig erreichen wir nur etwas, wenn Kohlendioxid-Ausstoß Geld kostet.“

SZ: Herr Edenhofer, warum redet niemand mehr vom Klimaschutz?

Ottmar Edenhofer: Die Debatte vor einigen Jahren war überhitzt. Vor der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 hat alles auf den großen Theaterdonner gewartet, und dann geschah nichts. Wenn man aber den Menschen sagt, es gibt ein ganz großes Problem, und dann zerrinnen einem alle



Ottmar Edenhofer, 52, ist Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Derzeit führt er die Arbeitsgruppe 3 des IPCC. Sie prüft, wie sich die Emissionen noch in den Griff bekommen lassen. FOTO: DPA

Lösungen zwischen den Fingern, dann ist die typische Reaktion: Na ja, vielleicht war das Problem doch nicht so groß. So mancher kneift die Augen zu, um das Problem nicht zu sehen. Das ist verständlich, aber wenig hilfreich.

Hat die Wissenschaft denn übertrieben?

Nein. Vielleicht hat der eine oder andere ein Scheit mehr ins Feuer gelegt als nötig. Aber die grundlegenden Aussagen waren ganz gewiss keine Übertreibung: Die globale Temperatur steigt, weil wir Kohle, Öl und Gas verbrennen und Wälder abholzen – da gibt es keinen vernünftigen Zweifel.

Selbst dem Weltklimarat IPCC wurde vorgeworfen, er mache Panik.

Nehmen Sie das Erdbeben in L'Aquila vor vier Jahren: Danach wurden Forscher verurteilt, weil sie gesagt hatten, das Risiko ist gering, geht nach Hause und trinkt Rotwein. Sie hatten das schlimmste Szenario ignoriert, und dann trat es ein. Bei uns ist es umgekehrt, wir legen alle Szenarien dar, und dann wirft man uns Panikmache vor.

Dennoch sagen manche heute: Die Forscher haben zu sehr Politik gemacht.

Zwischen Wissenschaft und Politik gab und gibt es manchmal eine verhängnisvolle Liaison: Politiker wollten Sachzwänge, und Wissenschaftler haben dann scheinbar alternativlose Sachzwänge angeboten. Damit schienen alle Unsicherheiten verschwunden zu sein. Das sind sie natürlich nicht. Nur: Gerade Unsicherheiten mahnen zur Vorsicht. Keiner würde bei Nebel mit 180 über die Autobahn brettern.

Diesen Freitag legt der IPCC den ersten Teil des neuen Sachstandsberichts vor. Die „Zusammenfassung für Politiker“ wird mit den Regierungen abgestimmt. Ist das noch Wissenschaft?

Unbedingt! In diesen Bericht fließen Tausende Studien ein, er wird von Hunderten Experten weltweit begutachtet. Das ist einzigartig. Regierungen können Änderungen dieser Zusammenfassung nur verlangen, wenn es durch den Gesamtbericht gedeckt ist. Natürlich gibt es da Geschachere. Aber die Regierungen müssen erst den ganzen Forschungsstand zur Kenntnis nehmen, wenn sie eingreifen wollen. Klar ist: Wir Forscher sind die Kartografen, wir legen eine wissenschaftlich fundierte Karte vor. Navigieren aber muss die Politik.

Sie selbst leiten die Arbeitsgruppe für den dritten Teil, und angeblich haben Sie da immer einen Zettel auf dem Tisch: nicht die Nerven verlieren. So schlimm?

In einer IPCC-Arbeitsgruppe wird auch um Werturteile gestritten. Für Kollegen aus dem Süden ist Klimawandel oft auch ein ethisches Problem. Sie sagen: Wie könnt ihr nur denken, ihr könntet das Klimaproblem mit Technologie lösen und Folgen für die Ärmsten ignorieren? Kollegen aus Ölförderländern warnen davor, dass Klimapolitik sie ökonomisch in den Ruin führt. Diese Debatten werden oft sehr emotional geführt. Aber gerade im IPCC habe ich gelernt, dass man über Werte vernünftig streiten kann.

Verschafft uns der neue Bericht denn dann überhaupt mehr Klarheit?

Ich kann noch nichts über den Inhalt sagen, nur so viel: Der Bericht wird einige Aussagen mit höherer Gewissheit treffen können als bisher. Aber er wird auch Unsicherheiten benennen.

Derzeit rätseln viele vor allem, warum die Temperatur nicht so stark ansteigt.

Diese Verlangsamung ist unbestritten. Aber die Frage ist, was sind die Gründe dafür. Es gibt da eine Reihe von Faktoren: Wetterphänomene wie La Niña, Partikel in der Luft, Ozeane nehmen in der Tiefe mehr Wärme auf. Es gibt keine berechtigten Zweifel daran, dass die globale Mitteltemperatur auf Dauer steigt. Das ist es, was für politische Entscheidungen relevant ist.

„Es wird teurer, je länger wir warten“

Der Klimaforscher Ottmar Edenhofer über neue Warnungen des Weltklimarats, die Rückkehr der Kohle und knappe Zeit



Gletscherschmelze in Grönland: „Es gibt keine berechtigten Zweifel daran, dass die globale Mitteltemperatur auf Dauer steigt.“ FOTO: JOE RAEDLE/GETTY IMAGES

Gewinnen wir aber dadurch Zeit?

Es wäre unsinnig, wenn wir aus einer vorübergehenden Verlangsamung des Anstiegs den Schluss zögen, wir könnten wieder mehr emittieren. Wenn jetzt neue Kohlekraftwerke gebaut werden, wenn Städte in China und Indien so gebaut werden, dass man ohne Auto aufgeschmissen ist, legt das auf Jahrzehnte Emissionen fest.

Die Skeptiker des Klimawandels fühlen sich aber von der Erwärmungspause bestätigt: Die nehmen das als weiteren Beleg für den Irrtum der Wissenschaft.

Irrtum gehört zum wissenschaftlichen Geschäft – wer zweifelsfreie Erkenntnisse will, der weiß nicht, wie Forschung funktioniert. Aber es gibt auch wissenschaftlichen Konsens, robuste Erkenntnisse, darum geht es im IPCC. Die Skeptiker reden gern über die Möglichkeit, dass die Wissenschaft irrt – aber nie über die Kosten, wenn sie recht behält. Oder wenn unsere Erwartungen von der Natur sogar noch übertroffen werden. Wenn man Risiken betrachtet, geht es nicht nur um die Eintrittswahrscheinlichkeit, es geht genauso um die Schadenshöhe. Es ist vernünftig, den Klimawandel aus so einer Risikoperspektive zu betrachten. Auch im Alltag versichern wir uns gegen Risiken, selbst wenn wir nicht wissen, ob und wann etwas passiert.

Bisher geht es aber nicht voran mit der Absicherung. 2015 soll in Paris ein neuer Klimavertrag geschlossen werden, wie einst in Kopenhagen. Klappt es diesmal?

Die Verhandlungen der Vereinten Nationen sind zu langsam. Wir müssen einen neuen Fokus finden. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass alle Staaten kooperieren, weil es stets Anreiz zum Trittbrettfahren gibt. Kurzfristig erreichen wir nur etwas, wenn Kohlendioxid-Ausstoß Geld kostet.

Ist das realistisch?

Durchaus, nehmen Sie nur die Schwellenländer. Da gibt es gewaltigen Infrastrukturbedarf. Aber es wird immer schwieriger, mobiles Kapital zu besteuern, es wird aus sozialen Gründen schwieriger, Arbeit zu besteuern, und es wird schwieriger, weitere Schulden aufzunehmen. Eine Bepreisung von Kohlendioxid könnte die nötigen Einnahmen bringen.

Und das soll den Klimawandel stoppen?

Es ist ein Einstieg. Leute werden merken, dass ihre Wirtschaft trotzdem läuft. Das beendet endlich die theoretische Debatte, ob Wirtschaftswachstum und CO₂-Einsparung einander widersprechen oder nicht. In Deutschland sieht man ja, dass die Emissionen auch bei wachsender Wirtschaft sinken können. Wenn das in einem hoch industrialisierten Land geht, können andere das auch.

Zuletzt sind die Emissionen hier wieder gestiegen – die Braunkohle floriert.

Stimmt, wir erleben weltweit eine Renaissance der Kohle. Daran wird sich auch nichts ändern, weil die USA auf Schiefergas setzen. Sie werden ihre Kohle nach China, Indien und auch nach Europa exportieren. Europa kann nichts dagegensetzen, weil der Emissionshandel in dramatisch schlechtem Zustand ist, er wirkt kaum noch. Da hilft es auch nicht, wenn man allein auf Erneuerbare setzt. Ohne Flankierung durch den Emissionshandel läuft die Energiewende ins Leere.

Emissionsrechte kosten derzeit fünf Euro pro Tonne. Hilft eine vorübergehende Verknappung, wie sie Brüssel plant?

Das wird nicht viel bringen. Eine echte Reform würde ein schärferes Klimaziel bis 2030 verlangen, eine Minderung der Emissionen um mindestens 40 Prozent, damit Emissionsrechte dauerhaft knapper werden. Außerdem müssten nicht mehr nur Fabriken und Kraftwerke dem Emissionshandel unterworfen werden, sondern dringend auch Verkehr und Wärmesektor.

„Die Verhandlungen der Vereinten Nationen sind zu langsam. Wir müssen einen neuen Fokus finden.“

Lange hieß es, die Welt müsse eine Erwärmung über zwei Grad Celsius unbedingt verhindern. Ist das überhaupt noch zu erreichen?

Ja, aber es wird teurer, je länger wir warten. Wenn wir bis 2020 ein Abkommen haben, dann können wir es mit etwa zwei Prozent des globalen Bruttosozialprodukts hinbekommen. Wenn es bis 2030 dauert, kann es schnell sechs oder sieben Prozent der Wirtschaftsleistung kosten, das zeigt eine neue Studie aus meinem Institut.

Oder aber wir nehmen die Erwärmung hin und kümmern uns um die Folgen.

Das ist eine merkwürdige Argumentation nach dem Motto: Das Zwei-Grad-Ziel ist schwer zu erreichen, also lassen wir alle Ziele fallen. Statt Emissionen zu senken, würde man sich nur noch an die Folgen des Klimawandels anpassen. Natürlich ist Anpassung wichtig, weil der Klimawandel nur noch begrenzt, aber nicht mehr vermieden werden kann. Aber es gibt da kein Entweder-Oder. Man kann vielleicht Kleinbauern in Mosambik Versicherungen gegen Wetterextreme anbieten. Aber gegen globale Klimarisiken wie Veränderung des Monsuns oder Versauerung der Ozeane hilft nur eins: weniger Emissionen.